Editorial

Mitte der 1980er Jahre konnte Ulrich Beck in seiner „Risikogesellschaft“ vor dem Hintergrund gesicherter empirischer Befunde noch eine „überraschende *Stabilität*“ der sozialen Ungleichheitsstrukturen trotz allgemeinen Wohlstandsanstiegs und im Wesentlichen unveränderter Ungleichheitsrelationen zwischen den Großgruppen in entwickelten Gesellschaften wie der Bundesrepublik konstatieren. Diese Feststellung, die im Rückblick in einem positiveren Licht erscheint, lässt sich seit Ende der 1990er Jahre (auch) für die Bundesrepublik nicht mehr aufrechterhalten, wobei in der öffentlichen Diskussion vor allem die Globalisierung und der technologische Wandel als Ursachen der Dynamisierung der Ungleichheitsrelationen und des Anwachsens der Ungleichheit herangezogen werden.

Das vorliegende Heft des *Berliner Journals für Soziologie* präsentiert als Themenschwerpunkt vier Beiträge zur Einkommens-, Lohn- und Vermögensungleichheit, in denen neben einer Vielzahl von empirischen und methodischen Fragen vor allem die Kernfrage nach dem Beitrag des Faches Soziologie zur Erklärung der wachsenden Einkommens- und Vermögensungleichheit aufgeworfen wird. Immer wieder ist in jüngerer Zeit der Vorwurf laut geworden, die Soziologie überlasse das Feld der Ungleichheitsforschung immer mehr ökonomischen Erklärungsansätzen. Dies wäre natürlich fatal, ist doch soziale Ungleichheit seit jeher ein Zentralthema der Soziologie.

Martin Groß plädiert in seinem Beitrag zunächst dafür, den Fokus der soziologischen Ungleichheitsforschung stärker auf die Mechanismen der Einkommensgenerierung und weniger auf das kollektive Handeln sozialer Großgruppen zu richten, da der Anstieg der Ungleichheit *innerhalb* sozialer Gruppen bedeutsamer sei als der *zwischen* Gruppen. Die Kontrastierung von ökonomischer und soziologischer Erklärungsstrategie lässt sich so in der Formel „Markt oder Schließung“ zusammenziehen und läuft auf die Neujustierung des Verhältnisses von Marktmechanismen und Schließungsmechanismen bei der Erklärung der gegenwärtigen Zunahme der Einkommensungleichheit hinaus. Nach einer Diskussion der dominanten marktbasierten Erklärungsthese für die Zunahme von Einkommensungleichheit, der „Skill-biased-technological-Change“- (SBTC-)These, geht Groß unter Auswertung der Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen für 1995 und 2001 der Frage nach, ob und wie sich die Mechanismen der Einkommensdetermination in Deutschland seit Ende der 1990er Jahre geändert haben. Groß' Befunde fallen erwartungsgemäß differenziert aus: Sowohl Humankapital- wie auch Schließungseffekte müssen bei der Erklärung der wachsenden Einkommensungleichheit Berücksichtigung finden, allerdings für West- und Ostdeutschland mit unterschiedlicher Gewichtung.

Auch Johannes Giesecke und Roland Verwiebe konfrontieren die SBTC-These mit soziologischen Annahmen über die ungleiche Verteilung von Markt- und Schließungspotenzialen, um die wachsende Lohnungleichheit zwischen als auch innerhalb von Berufsklassen zu erklären. Im Mittelpunkt ihres Beitrages steht vor allem die wachsende Ungleichheit *zwischen* den Berufsklassen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Auf der Basis der Analyse von SOEP-Daten und Daten der BiBB/IAB-Strukturerhebung 1998 und 2006 für abhängige Beschäftigte im erwerbsfähigen Alter können die Autoren nicht nur die Annahme einer wachsenden Lohnungleichheit bestätigen, die wesentlich in der zunehmenden Lohnspreizung zwischen Berufsklassen begründet ist. Durch die Berücksichtigung von Schließungsindikatoren im Untersuchungsdesign zeigen sie auch, dass eine nur SBTC-gestützte Erklärungsstrategie nicht ausreicht, um die Erhöhung der Lohnungleichheit im deutschen Arbeitsmarkt zu erklären. Die Zunahme der Lohnungleichheit lasse sich eher auf Veränderungen bei schließungsbezogenen Lohnkomponenten als auf Veränderungen im Bereich beruflicher Fähigkeiten zurückführen. Zweifellos fänden sich bestimmte *skills*, die sich SBTC-kompatibel auf die Löhne von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen auswirken. Der Vergleich der Befunde für Männer und Frauen und die faktische Erklärungskraft beruflicher Fähigkeiten für das Ausmaß der Lohnungleichheit zeigen aber auch die Bedeutung von Schließungsprozessen auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Dass sich zwischen 1993 und 2006 die geschlechtsspezifische Lohnungleichheit zwischen vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern in Westdeutschland nicht verändert hat, konstatieren Hermann Gartner und Thomas Hinz in ihrem Beitrag. Die Autoren machen deutlich, dass von diesem Befund nicht voreilig auf eine Wirkungslosigkeit der Antidiskriminierungsgesetzgebung und öffentlichen Antidiskriminierungsdiskussion in Deutschland geschlossen werden kann. Vielmehr sei die Erfassung der geschlechtsspezifischen Lohnungleichheit „in Betrieben, Berufen und Jobzellen“ immer noch mit methodischen Unzulänglichkeiten konfrontiert, die die genauere Annäherung an den „within-job wage gap“ erschwere. Die Autoren selbst bringen die Diskussion über illegitime Lohnunterschiede auf der Grundlage des *Linked Employer-Employee-Datensatzes* des IAB durch die genauere Berücksichtigung der tatsächlichen Berufserfahrung weiblicher Beschäftigter und die Berücksichtigung der längeren Zeitreihe von 1993–2006 weiter voran.

Auf der empirischen Grundlage der 2002 und 2007 im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) erhobenen individuellen Vermögensdaten unterbreiten Joachim R. Frick und Markus M. Grabka einen umfassenden Einblick in die Vermögenslage privater Haushalte in Deutschland. Der Vergleich der Daten von 2002 und 2007 zeigt eine zunehmende Vermögensungleichheit, wobei die obere Hälfte der Vermögenden ihren Vermögensvorteil im Beobachtungszeitraum ausbauen konnte. Im Einzelnen gehen Frick und Grabka den sozialstrukturellen Zusammenhängen zwischen Vermögen und Alter, Migrationshintergrund, Arbeitslosigkeit, Familienstand, Bildungsniveau, Gesundheitszustand, Einkommensposition usw. nach. In der weiteren Konzentration von Vermögen *und* Einkommen in Deutschland sehen die Autoren nicht nur deutliche gesellschaftliche Polarisierungstendenzen, sondern auch eine Gefährdung von Grundprinzipien des gesellschaftlichen Zusammenhalts wie der Leistungsgerechtigkeit sowie der solidarischen oder subsidiären Gerechtigkeit.

An den Ungleichheitsschwerpunkt schließen sich zwei weitere Beiträge an, von denen sich der erste mit den Perspektiven der sozialwissenschaftlichen Altersforschung und der zweite mit einem Kernproblem der Europasozio­logie beschäftigt. Das Potenzial der Rentner wurde bis jetzt in der sozialstaatlichen Aktivierungspolitik vernachlässigt und bildet das Ausgangsproblem der – insbesondere im deutschsprachigen Raum bisher rückständigen – „systematischen wissenschaftlichen Analyse des Phänomens“ des Alter(n)s. In der Debatte zur Neuverhandlung des Alters stellt Silke van Dyk dessen Bestimmungsfaktoren dar. Ein zunehmendes Maß an Selbstbestimmung, aber auch sozialstaatlicher Inanspruchnahme ist nicht zwangsweise widersprüchlich. Mitverantwortung als gesellschaftliches Engagement in Form von Wissensweitergabe, Vereins- oder Nachbarschaftshilfe (active ageing), als individuelles Engagement z. B. in die eigene Gesundheitsfürsorge in Form von Fitness, Gesundheitsaufklärung und entsprechendem Konsum (successful ageing) oder als eine Form der Erwerbstätigkeit, je nach individueller körperlicher und geistiger Verfassung (productive ageing), stehen dem sozialstaatlich eingerichteten passiven Lebensabend als gesellschaftliche „Last“ gegenüber. Fragen der „Individualisierung und Privatisierung sozialer Risiken, Kommerzialisierung, Praktiken des Selbstmanagements“ stellen weitere Schwerpunkte der skizzierten Debatte dar. Im Anschluss an die angelsächsische Debatte entwirft die Autorin ein weitergehendes Forschungsprogramm zur Altersforschung, das den Problemen der „sozialen Anerkennung und sozialen Rechten“ sowie dem „Eigensinn und Widerstand des bzw. im Alter(s)“ mehr Aufmerksamkeit als bisher einräumt.

Die Frage, ob mit der politisch-institutionellen oder „systemischen“ Europäisierung eine sozial integrative bzw. „Europäisierung von unten“ einhergeht, steht im Zentrum der europasozio­logischen Forschung, die zwischen den Thesen eines „Europas ohne Gesellschaft“ (Maurizio Bach) und einer sich herausbildenden „transnationalen organischen Solidarität“ (Richard Münch) im Sinne des Solidaritätskonzepts von Emile Durkheim oszilliert. Bezogen auf die mit der Entwicklung des europäischen Binnenmarktes verbundene Liberalisierung der Zugangsmöglichkeiten zu den nationalen Arbeitsmärkten (Freizügigkeitsregel) gehen Jürgen Gerhards und Holger Lengfeld in ihrem Beitrag dem Problem nach, ob sich bei den (deutschen) Bürgern so etwas wie eine „Umcodierung von Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt“ beobachten lässt. In welchem Maße teilen die Deutschen die Idee des gleichen Zugangs aller EU-Bürger zu den nationalen Arbeitsmärkten? Auf Basis einer 2006 durchgeführten repräsentativen Befragung der deutschen Bevölkerung kommen die Autoren zu dem Schluss, dass die „Vorstellung einer europäischen Gleichheit“ in der deutschen Bevölkerung „offenbar weitgehend reziprok“ und gut verankert ist. Im zweiten Teil ihres Aufsatzes gehen Gerhards und Lengfeld der Frage nach, ob sich hinter den aggregierten Befunden ihrer Untersuchung mögliche sozialstrukturelle und kulturelle Spaltungs- und Konfliktlinien verbergen. Außer in der geringeren Zustimmung zur europäischen Gleichheitsidee in Ostdeutschland sehen die Autoren kaum Konfliktpotenziale, die zum Ansatzpunkt einer politischen Mobilisierung gegen die Europäisierungsprozesse in Deutschland werden könnten.

Frank Ettrich